Fünf Fragen an die Kandidaten

BUNDESTAGSWAHL Vertreter des Wahlkreises äußern sich zu deutschlandweiten Themen

Hersfeld-Rotenburg/ Werra-Meißner – Bereits am 23. Februar wählt Deutschland einen neuen Bundestag und damit eine neue Regierung. Der Tag der Wahl rückt also in großen Schritten näher. Häufig stehen bei unserer Zeitung die lokalen Themen unseres Wahlkreises 168 (Hersfeld-Rotenburg/ Werra-Meißner) im Vordergrund.

Im Zuge unserer Berichterstattung zum Wahlkampf möchte aber auch unsere Zeitung den Direktkandidatinnen und Direktkandidaten des Wahlkreises nun noch einmal die Möglichkeit einräumen, ebenfalls zu zentralen bundespolitischen Fragen Stellung zu beziehen.

Bei den neun Direktkandidatinnen und Direktkandidaten zur Bundestagswahl in unserem Wahlkreis handelt es sich um Daniel Iliev (SPD), Wilhelm Gebhard (CDU), Awet Tesfaiesus (Grüne), Alexander Bartholomäus (FDP), Gerhard Schenk (AfD), Silvia Hable (Linke), Anja Zilch (Freie Wähler), Colin Rimbach (Volt) und Benjamin Jäger (Parteilos).

Asylpolitik, Klima und Bundeswehr

Sie alle haben von uns dafür die gleichen fünf Fragen gestellt bekommen, in denen es sich um das Vorhaben der Einzelpersonen in Berlin dreht, aber auch um parteiweite Asylpolitik, den Umgang mit dem Klimawandel und der Wirtschaft sowie die Meinung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundeswehr.

Die fünf Fragen lauten:

1. Frage

Wenn Sie persönlich mit absoluter Mehrheit regieren könnten: Was würden Sie als Erstes durchsetzen?

2. Frage

Braucht Deutschland eine Verschärfung des Asylrechts, beispielsweise, um die Zahl der Abschiebungen zu erhöhen?

3. Frage

Wie können die Förderung des Klimaschutzes und die Entlastung der deutschen Wirtschaft, um sie wettbewerbsfähiger zu machen, in Einklang gebracht werden?

4. Frage

Braucht die Bundeswehr nur einen größeren Verteidigungsetat, um fit zu werden für die primäre Aufgabe Landesverteidigung?

5. Frage

Was wollen Sie in Berlin konkret für den Landkreis erreichen?

Die Antwort der neun Bundestags-Kandidatinnen und -Kandidaten bilden wir auf den folgenden zwei Seiten für Sie ab. Alle Personen hatten maximal 510 Zeichen (inklusive Leerzeichen) pro Antwort zur Verfügung. Kürzere Texte werden unverändert veröffentlicht, längere Antworten hat unsere Redaktion gekürzt.

ANNA WEYH

Am 23. Februar wählen die Bürgerinnen und Bürger einen neuen Bundestag. Wir haben den Kandidaten des Wahlkreises Fragen gestellt. FOTO: IMAGO/IMAGO/POLITICAL-MOMENTS

Gebhard (CDU)

Wilhelm Gebhard
CDU-Kandidat

Frage 1: Natürlich würde ich das Sofortprogramm für Wohlstand und Sicherheit der CDU umsetzen. Ich bin überzeugt, dass es das jetzt als Erstes braucht. Die Wirtschaft und die Sicherheit in unserem Land müssen absoluten Vorrang haben. Dazu hat die CDU die richtigen Konzepte. Das fördert den sozialen Zusammenhalt, schafft Vertrauen in die Politik, die wirklich drängendsten Probleme zu lösen, stärkt die Demokratie und bringt Deutschland wieder nach vorne. Der aktuelle Zustand ist untragbar.

Frage 2: Deutschland braucht eine Wende in der Migrationspolitik. Die Mehrheit der Deutschen erwartet das, ebenso die Menschen mit Migrationshintergrund, die seit vielen Jahre mit uns leben und arbeiten. Die Probleme sind offensichtlich. Unsere Demokratie, Sicherheit und Freiheit leiden darunter. Die Ränder profitieren davon. Wir brauchen Migration in den Arbeitsmarkt, nicht in die Sozialsysteme. Die illegale Migration muss begrenzt werden. Menschen, die einen Asylanspruch haben, muss im Gegenzeug unsere volle Aufmerksamkeit gelten.

Frage 3: Das eine bedingt das andere. Deutschland hat bereits sehr viel für den Klimaschutz geleistet. Das muss fortgesetzt werden. Jedoch muss jetzt zunächst der Fokus auf der Wirtschaft liegen. Gelingt es uns nicht, die Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen, gefährden wir den sozialen Frieden in Deutschland. Wenn die Wirtschaft wieder wächst, Arbeitsplätze geschaffen werden und nicht weiter verloren gehen und die Sozialsysteme davon profitieren, haben wir auch wieder mehr Spielraum für den Klimaschutz.

Frage 4: Nur mit mehr Geld gelingt das nicht. Deutschland muss sich zunächst einmal wieder zu ihrer Bundeswehr bekennen, sich stärker mit ihr identifizieren. Auch die Reservesoldaten müssen stärker in eine Gesamtkonzeption einbezogen werden. Ich bin Reserveoffizier und habe mich bereits vor gut 6 Monaten bei der Bundeswehr gemeldet, um wieder Teil von ihr zu werden. Bis heute leider ohne Rückmeldung. Auch die Wehrpflicht oder alternativ ein Gesellschaftsjahr erachte ich in diesem Zusammenhang für sinnvoll.

Frage 5: Als Bürgermeister, der über 17 Jahre im Amt ist, weiß ich genau, was die beiden Landkreise und unser Wahlkreis brauchen. Konkret möchte die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen wieder herstellen, die Bürokratie abund nicht weiter aufbauen, Standards hinterfragen, die Fördermittellandschaft vereinfachen, die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sicherstellen und die Krankenhausfinanzierung so ausgestalten, dass Kliniken bei uns nicht ständig ums Überleben kämpfen müssen. alw FOTO: PRIVAT/NH

Iliev (SPD)

Daniel Iliev
SPD-Kandidat

Frage 1: Es wäre mir ein Herzensanliegen, ein Gesetz zu verabschieden, dass endlich die ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern beendet. Noch immer verdienen Frauen für vergleichbare Arbeit rund 18 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen – das ist und bleibt ungerecht. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit muss selbstverständlich sein. Eine faire Entlohnung sorgt auch dafür, dass Frauen wirtschaftlich unabhängig sind und im Alter eine auskömmliche Rente erhalten.

Frage 2: Die SPD und ich stehen für Ordnung und Menschlichkeit in der Asylpolitik. Wir müssen die irreguläre Migration begrenzen, um Schutz für jene sicherzustellen, die vor Krieg oder Verfolgung fliehen. Dafür müssen wir besser kontrollieren, wer zu uns kommt, und diejenigen zurückführen, die kein Bleiberecht haben, straffällig werden oder die Integration verweigern. Die Scholz-Regierung hat Asylverfahren beschleunigt, Kontrollen an deutschen Außengrenzen eingeführt und die Zahl der Abschiebungen deutlich erhöht.

Frage 3: Ich kämpfe dafür, dass unsere Wirtschaft wieder wächst und die Menschen sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze haben. Der Staat muss mithelfen, dass unsere Unternehmen wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen haben: bezahlbare Energiepreise, qualifizierte Fachkräfte, weniger Bürokratie und ein „Made in Germany"-Bonus als Anreiz für Investitionen. Damit Wachstum und Klimaschutz Hand in Hand gehen, müssen wir in unsere Unternehmen beim Umstieg auf eine klimafreundliche Produktion unterstützen.

Frage 4: Durch Russlands brutalen Angriff auf die Ukraine ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Auch Deutschland muss deutlich mehr in seine Sicherheit investieren, um im Ernstfall verteidigungsbereit zu sein. Gleichzeitig müssen wir damit rechnen, dass die USA unter Präsident Trump nicht mehr die Hauptlast für den Schutz Europas übernehmen. Das Sondervermögen für die Bundeswehr war ein erster wichtiger Schritt, aber wir müssen auch künftig mindestens 2 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgeben.

Frage 5: Unsere Heimat braucht weiterhin eine starke Stimme in Berlin. Besonders liegen mir die Interessen des ländlichen Raums am Herzen: Ich kämpfe für sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze in Industrie und Mittelstand, eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung und eine gute Infrastruktur in unserer Region. Ich will mithelfen, dass weiter Fördermittel des Bundes zu uns fließen, um auch bei knappen kommunalen Kassen neue Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Ich sage Nein zu Diskriminierung, Rassismus, Hass und Hetze. alw FOTO: PRIVAT/NH

Tesfaiesus (Grüne)

Awet Tesfaiesus
Grüne-Kandidatin

Frage 1: Demokratie lebt vom Streit um die besten Lösungen. Ich würde ein Gesetz durchbringen, das unsere Demokratie langfristig stärkt: Bildung und Beteiligung für alle – unabhängig von Herkunft oder Einkommen muss jede*r in der Lage sein, mitzuentscheiden. Ob bei der Gestaltung der Klimawende, der Gesundheitsversorgung oder der Pflege – diese Herausforderungen müssen wir gemeinsam angehen. Demokratie stärken heißt auch, denen entschlossen entgegenzutreten, die sie von innen heraus zerstören wollen.

Frage 2: Die Zahl der Asylanträge ist 2024 um rund 30 % gesunken – doch die rechte Panikmache nimmt zu. Dabei ist die Realität eine andere: Statt immer neuer Verschärfungen brauchen wir endlich eine pragmatische und lösungsorientierte Asyl- und Migrationspolitik. Fakt ist, dass Deutschland aufgrund des Fachkräftemangels auf Migration angewiesen ist. Dafür müssen wir die nötigen Strukturen schaffen – von besseren Integrationsangeboten bis hin zu legalen Einwanderungswegen. Das fordert auch die Wirtschaft.

Frage 3: Eine Wirtschaft, die die Herausforderungen von morgen ignoriert, wird nicht wettbewerbsfähig bleiben. Deshalb dürfen Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz nicht als Widerspruch gesehen werden. Die Zukunft der deutschen Wirtschaft liegt in der klimaneutralen Transformation. Nur wer heute investiert, bleibt morgen vorne. Bei Zukunftstechnologien wie E-Mobilität und Solarenergie müssen wir wieder Vorreiter werden – statt an veralteten Technologien festzuhalten.

Frage 4: Die Bundeswehr braucht endlich eine echte Strukturreform. Das Problem ist ein ineffizientes System. Es braucht: ein besseres Beschaffungswesen, weniger Bürokratie, schnellere Rekrutierung und sicherlich auch eine moderne Ausstattung. Jenseits des Etats muss Europa verteidigungspolitisch enger zusammenarbeiten – mit multinationalen Einheiten und einer starken europäischen Rüstungsindustrie. Ineffiziente Doppelstrukturen kosten uns unsere Sicherheit.

Frage 5: Mir geht es um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Dazu brauchen wir einen gut ausgebauten ÖPNV, eine starke Gesundheitsversorgung sowie gute Kitas und Schulen. Ländliche Räume brauchen lebendige Ortskerne, Leerstandbekämpfungskonzepte und Kulturangebote nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land. Wichtig ist mir auch, unsere Natur zu schützen – denn sie trägt als alltäglicher Lebensraum erheblich zur Lebensqualität auf dem Land bei.

alw FOTO: PRIVAT/NH

Hable (Linke)

Silvia Hable
Linke-Kandidatin

Frage 1: Jeder zehnte Elternteil spart an vollwertigem Essen für seine Kinder. Obst und Gemüse werden unerschwinglich teuer, das Geld kommt aber nicht bei den Erzeugern an. Wir brauchen eine funktionierende Preisaufsicht für die großen Lebensmittelkonzerne, das Kartellrecht werde ich schärfen. Die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel werde ich abschaffen. Ein kostenloses, gesundes Mittagsessen für alle Kinder in Kita und Schulen: Diesen Beschluss des Bürger*innenrates für Ernährung werde ich direkt umsetzen.

Frage 2: Das Asylrecht wurde bereits mehrmals verschärft. Die Probleme hier im Land wurden dadurch nie kleiner. Die Debatte dient nur als Ablenkung. Ich setze mich für mehr Rechte der Schutzsuchenden ein, umfassende Teilhabe vom ersten Tag an, insbesondere Arbeitserlaubnis. Wir brauchen mehr Geld und Ausbildungsplätze für Psychotherapie und Kommunen, für passgenaue Integration, die nicht nur Ehrenamtliche leisten können. Öffentliche Infrastrukturen und Begegnungsorte müssen ausgebaut werden.

Frage 3: Superreiche verursachen die meisten klimaschädlichen Emissionen. Daher sind sie auch am meisten am sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft zu beteiligen, u.a. mit einer Vermögenssteuer. Diese fließt in Transformationsfonds, bei der besonders klimaschädliche und in der bestehenden Form nicht mehr wettbewerbsfähigen Industrie, wie Auto- und Kohleindustrie sozialverträglich umgebaut werden. Deutschland muss wieder in die Erneuerbaren Energien investieren und Arbeitsplätze in diesem Bereich ausbauen.

Frage 4: Von den Erhöhungen profitieren die Vorstandsetagen und Aktionäre der Rüstungsindustrie, die ein Interesse daran entwickeln, das bombige Geschäft am Laufen zu halten. Ich sehe Investitionen in Klimaschutz und Infrastrukturen, Soziales und Bildung als wichtigere Voraussetzung für eine wehrhafte Demokratie. Die größte Gefahr für uns geht nicht von anderen Nationen, sondern vom Klimawandel aus. Hier stehen wir in der Pflicht, in internationalen Abkommen unserer Jugend eine sichere Perspektive zu bieten.

Frage 5: Kommunen stärken, damit sie ihre Pflichtaufgaben, und auch freiwillige Leistungen, die das Leben vor Ort lebenswert machen, stemmen können. Darüber hinaus kleinteilige Wirtschaftsförderprogramme für die Region, die das Potenzial der Menschen fördert. Das hilft, Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen, insbesondere im Handwerk. Auch liegt mir die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft, die Garantie einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung und Ausbau des ÖPNV am Herzen.

alw FOTO: PRIVAT/NH

Zilch (Freie Wähler)

Anja Zilch
Kandidatin Freie Wähler

Frage 1: Als Erstes würde ich die Zahlungsfähigkeit der Arbeitnehmer stärken, indem ich die Einkommenssteuer reformieren würde und den Steuerfreibetrag auf 2000 Euro monatlich festlegen würde. Somit hätten vor allem Menschen mit niedrigeren Einkommen mehr netto. Gleichzeitig muss das Bürgergeld abgeschafft werden. Arbeitsfähige Menschen müssen in Arbeit gebracht werden und für die, die dies nicht können, soll es Sozialhilfe geben. Es ist wichtig, dass die arbeitende Bevölkerung von Ihrer Arbeit leben kann.

Frage 2: Es muss eine europaweite Regelung geben. Asylsuchende reisen durch ganz Europa, um in Deutschland ihren Antrag zu stellen. Dieser muss bereits bei Ankunft in Europa geprüft werden. Dazu müssen Auffang- und Rückführungszentren an den Außengrenzen von Europa eingerichtet werden (EU-finanziert). Integration gelingt, wenn gefordert und gefördert wird. Die deutsche Sprache lernen, die Bereitschaft, sich beruflich zu qualifizieren und unsere freiheitlich demokratische Grundordnung anzuerkennen.

Frage 3: Leider wurde die hohe Zustimmung zum Klimaschutz durch ideologische Bevormundung der Bürger bei mangelnder Lösungskommunikation zerstört. Unsere Kernkraftwerke sind weitgehend zurückgebaut. Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht zu einer unverhältnismäßigen Belastung für unsere Wirtschaft werden. Die integrierte Energiewende wird Strom-, Wärme- und Erdgasnetze durch die zunehmende Einbindung von Wasserstoff und grünen Gasen in das System verbinden. Dies ist eine der wichtigsten Infrastrukturaufgaben.

Frage 4: Die aktuellen deutschen Verteidigungsstrukturen sind den heutigen weltweiten Anforderungen nach dem radikalen Sparkurs der letzten Jahrzehnte nicht gewachsen. Wir müssen das Sondervermögen verdoppeln und die Finanzierung der Bundeswehr für die kommenden Jahre auf 3 Prozent des BIP anheben, bis wir die nötige Wehrfähigkeit wieder erreicht haben. Die veränderte Bedrohungslage durch weltweite Kriege, Krisen, Terrorismus stellt uns vor neue Herausforderungen, denen wir gerecht werden müssen.

Frage 5: Als Kommunalpolitikerin stehe ich laufend vor dem Problem: Wie sollen wir das bezahlen? Der Bund darf nicht immer neue Aufgaben für die Kommunen generieren, ohne die nötige Finanzausstattung zur Verfügung zu stellen. Krankenhausfinanzierung, Teilhabegesetze, Ganztagsbetreuung, Asylkosten und vieles mehr wurde in den letzten Jahren vermehrt auf die kommunale Ebene abgewälzt. Ich werde die Sprecherin unserer ländlichen Landkreise sein. Und damit den Bürger entlasten.

alw FOTO: PRIVAT/NH

Schenk (AfD)

Gerhard Schenk
AfD-Kandidat

Frage 1: Zurück zur Normalität: Grenzkontrollen und Remigration; Umstellung auf Sachleistungen. Wohlstand braucht eine sichere und preiswerte Energieversorgung, deshalb wieder Öl, Kohle, Gas und Kernkraft. Der „Green Deal", das EEG und andere bürokratische Monster wie das Lieferkettengesetz werden beendet oder aufgehoben. Ansonsten: Es gibt nur zwei Geschlechter! Konsequente Friedenspolitik und Deeskalation ist angesichts des Ukraine-Krieges ebenfalls von hoher Priorität.

Frage 2: Ja. Es beginnt zunächst mit der konsequenten Anwendung des bestehenden Rechts. Der individuelle Rechtsanspruch auf ein Asylverfahren wird, wie in allen anderen Ländern, aufgehoben. Den kostspieligen Gang durch alle Instanzen auf Kosten der Steuerzahler wird es nicht mehr geben.

Frage 3: Der ideologisch betriebene sogenannte Klimaschutz belastet die deutsche Wirtschaft und vernichtet deren Wettbewerbsfähigkeit, ohne das Klima wirklich zu schützen. Das Klima lässt sich nicht schützen. Diese zerstörerische Politik führt nur dazu, deutsche Industrieproduktion und Arbeitsplätze ins Ausland, vor allem nach China oder in die USA, zu verlagern. Faszination und Komplexität des Klimas verdeutlicht recht gut der Dokumentarfilm; „Das Geheimnis der Wolken".

Frage 4: Nein. Sobald die kostspieligen weltweiten Abenteuer, wie die „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch", oder aktuell unsere Kriegsbeteiligung in der Ukraine beendet sind, muss die Bundeswehr nach einem beispiellosen Niedergang seit Guttenberg strukturell wieder neu aufgebaut werden, um ihrer Aufgabe der Landesverteidigung wieder nachkommen zu können.

Frage 5: Die von den bisherigen Berliner Kartellparteien in aller Welt verteilten Steuermittel müssen wieder den eigenen Bürgern zugutekommen. Ein Beispiel: Würde man die über 33 Milliarden Euro teure zweifelhafte Entwicklungshilfe gleichmäßig entsprechend der Einwohnerzahl auf Landkreise und Städte Deutschlands verteilen, dann bekäme unser Landkreis ZUSÄTZLICH etwa 45 Millionen Euro pro Jahr. Der Haushalt des Landkreises wäre damit ausgeglichen.

alw FOTO: ANNA WEYH

Bartholomäus (FDP)

Alexander Bartholomäus
FDP-Kandidat

Frage 1: Ich würde die Ausgaben des Bundes überprüfen und dafür sorgen, dass die Steuergelder ausschließlich sinnvoll ausgegeben werden. Solch unglaubliche Steuerverschwendungen, wie zum Beispiel die durch Herrn Wirtschaftsminister Habeck und Herrn Ministerpräsident Günther zu verantwortende Anleihe über 600 Millionen Euro an Northvolt, die nun von der KFW von Bund und Land zurückgefordert wird (Zitat aus dem NDR vom 3.12.2024), würde ich unterbinden. Im Ergebnis glaube ich, dass es sogar möglich wäre, Steuern zu senken.

Frage 2: Das deutsche Asylrecht ist ausreichend. Wenn ein Antrag auf Asyl dann aber abgelehnt wird, sind auch die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Auch hat Deutschland keine europäische Außengrenze. Nach dem gültigen europäischen Recht, müssen Asylanträge in den Ländern gestellt werden, wo ein Einreisender zuerst europäischen Boden betritt. Wenn heute über die Zulässigkeit von Anträgen im Bundestag diskutiert wird, wird diese europäische Regelung schnell „vergessen". Europäisches Recht anzuwenden bedeutet auch, Dublin II anzuwenden.

Frage 3: Beim Klimaschutz geht Deutschland mit Robert Habeck und den Grünen einen europäischen Sonderweg. Kein anderes europäisches Land macht es so wie wir. Und die Ergebnisse, also die Kosten der Energiewende, sprechen nicht für unseren Weg. Wir haben eine massive Abwanderung der Industrie und der Produktion. Wir haben die längste Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik. Das ist die Folge der grünen Energiepolitik. Auch war es ein Fehler, die restlichen Atomkraftwerke abzuschalten.

Frage 4: Ich denke ja. Frau Merkel hat das in einer Rede am 14. Mai 2018 in Berlin vor dem Generalinspekteur der Bundeswehr und der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen als „Friedensdividende" verklärt. Gemeint war, dass nur 1,2 Prozent des Bundeshaushaltes für Rüstung ausgegeben wurden und das über Jahre. Hier ist offensichtlich auf Verschleiß gefahren worden. Frau Merkel hielt es nicht für nötig, die Armee vollständig auszustatten. Nicht die einzige fatale Fehleinschätzung in ihrer Regierungszeit.

Frage 5: Ich möchte mit meinen Parteifreunden der Freien Demokraten eine Wirtschaftswende im Bund bewirken. Der Wohlstandsverlust in dieser Gesellschaft würde umgekehrt, und es käme wieder zu einem Wohlstandszuwachs. Davon werden die Menschen in unserem Landkreis profitieren. Auch ist die Bauwirtschaft mein Spezialgebiet. Hier soll ein Abbau von bürokratischen Hürden eine Belebung bewirken.

alw FOTO: ELISABETH SENNHENN

Rimbach (Volt)

Colin Rimbach
Volt-Kandidat

Frage 1: Als Erstes würde ich einen Parteiverbotsantrag im Falle der AfD durchbringen. Unser Staat steht vor großen Herausforderungen, befindet sich gar im hybriden Krieg mit Russland. Zusammenarbeit ist dabei höchstes Gut. Es ist jedoch kein Staat mit Antidemokraten zu machen. Deutschland ist stark geworden, gerade weil es sich von den Nazis befreit hat. Eine starke Demokratie muss einschreiten, wenn sie angegriffen wird. Wer den Rechtsstaat liebt, erkennt diesen Antrag als unabdingbar an.

Frage 2: Nein, es braucht eine grundlegende Reformation des europäischen Asylrechts – ohne menschenrechtswidrige Verschärfungen. Nur zusammen können unsere EU-Außengrenzen effektiv geschützt werden. Ein bindender EU-Verteilungsschlüssel nach Kriterien wie Bevölkerungsdichte, BIP und Gesamtgröße des EU-Landes ist einzuführen. Abschiebungen nur für die Statistik sind wertlos. Berufstätige Menschen sollten ab einer gewissen Integrationsleistung und ohne Straffälligkeit nicht mehr abgeschoben werden.

Frage 3: Klimaschutz muss als Innovations- und Wirtschaftstreiber verstanden werden. Um in diesem Bereich globaler Vorreiter zu werden, braucht Deutschland eine neue Gründungskultur im Bereich klimafreundlicher Innovationen: Der Staat muss Risikokapital und weniger Bürokratie garantieren. Gleichzeitig muss die Energiesteuer auf das EU-rechtliche Minimum reduziert und langfristig abgeschafft werden. Eine Investitionsprämie von 10% für klimafreundliche Investitionen für die nächsten zwei Jahre ist einzuführen.

Frage 4: Unserer Verteidigung darf in Zeiten der Konflikte, Atommächte und feindlicher Bündnisse nicht national gedacht werden. Es braucht eine europäische Armee, die die Kraft aller nationalen Streitkräfte bündelt. Durch Frankreich wird die gesamte EU zu einer Atommacht, durch gemeinsame Materialbeschaffung und einheitliche Taktiken sparen wir Milliarden und erhöhen die Schlagkraft im Ernstfall. Dennoch muss Deutschland europäischer Vorreiter sein und seine Verteidigungsausgaben auf 3% des BIP erhöhen.

Frage 5: In Berlin werden durch fehlende Repräsentation häufig ländliche Bedürfnisse vernachlässigt. Das muss enden. Unser Landkreis muss bei der Digitalisierung gefördert werden, bis das letzte Funkloch zerstört und schnelles Internet in jedem Haus ist. Darüber hinaus muss der Landkreis bei der Mobilitätswende mehr gefördert werden. Zwar muss der ÖPNV gestärkt werden, darüber hinaus bietet sich aber auch eine E-Auto-Prämie nur für den weit weitläufigeren ländlichen Raum an, für die ich mich einsetzen werde.

alw FOTO: CHRISTOPHER GÖBEL

Jäger (Parteilos)

Benjamin Jäger
Parteiloser Kandidat

Frage 1: Ich glaube, der „Berufspolitiker" ist Teil des Problems. Zu oft verliert er den Kontakt zu den normalen Bürgern und zu dessen Lebenssituation. Er lebt unbeschwert in seinem Elfenbeinturm und muss keine Verantwortung für sein Handeln übernehmen. Dagegen würde ich gerne als Erstes ein Gesetz erlassen, mit eingeschränkter Mandatszeit und persönlicher Haftung.

Frage 2: Wir brauchen eine ehrliche und faktenbasierte Diskussion über das Thema, weil es ohne Einwanderung in unseren Arbeitsmarkt in vielen Berufen düster aussieht. Aufgrund der Polemik und zunehmenden Ausländerfeindlichkeit wird Deutschland aber immer unattraktiver. Zusätzlich haben wir Flüchtlinge vor Krieg, Hungersnot und persönlicher Verfolgung, welche bei uns nicht arbeiten dürfen. Diese müssen besser integriert werden und wer nicht hier sein will und/oder sich nicht an unsere Regeln hält, soll bitte gehen.

Frage 3: Das gehört Hand in Hand zusammen. Wenn wir eine Vision für den Standort Deutschland haben und unser Handeln konsequent daran ausrichten, haben die Unternehmen die benötigte Sicherheit für Investitionen. Nur wenn Deutschland wieder Pionier- und Erfindergeist fördert und mutig vorangeht, werden wir im globalen Wettbewerb überleben. Der klimagerechte Umbau macht uns unabhängig und wettbewerbsfähig. Wenn wir das verschlafen, wird uns das unfassbar teuer zu stehen kommen.

Frage 4: Einfache Antwort: Nein. Sie benötigt mehr Anerkennung für Ihre Aufgabe und Leistung und dafür Unterstützung aus der ganzen Gesellschaft. Auf der anderen Seite aber auch effizientere Strukturen. Länder mit ähnlichen Budgets sind deutlich einsatzbereiter, da können wir lernen. Außerdem hat der Krieg in der Ukraine gezeigt, dass ein Land sein ganzes Territorium kaum alleine verteidigen kann. Wir müssen daher auf europäischer Ebene mehr zusammenarbeiten.

Frage 5: Ich möchte zu allen Themen eine Stimme für den ländlichen Raum sein. Wir brauchen eine bessere Infrastruktur und Unterstützung für Unternehmen. Hier meine ich besonders den Mittelstand, unsere Handwerksbetriebe und die Landwirtschaft. Da hilft besonders der Abbau von Bürokratie. Wir wohnen, wo andere Urlaub machen, aber leider führen Bundesstraßen mit Schwerlastverkehr durch idyllische Orte.

alw FOTO: PRIVAT/NH